
EINIGE VORSCHLÄGE ZUR WEITERENTWICKLUNG DER GRÜNEN PARTEI

Die folgenden Vorschläge knüpfen an Probleme an, die sich in der ersten Phase der Entwicklung der grünen Partei ergeben haben. Sie wollen keine anderen, nach der Bundestagswahl ergriffenen Aufgaben und Prioritäten relativieren oder in Frage stellen, sondern ergänzen. Allerdings sehe ich in den Vorschlägen durchaus Notwendigkeiten für erfolgreiches Wirken in der Zukunft.

1. Wir sollten die Grundrichtung unserer Alternative ganz klar bestimmen als die Alternative eines Dritten Weges. Das heißt: Konsequente Abgrenzung gegenüber den gesellschaftlichen Formationen des westlichen Privat- wie des östlichen Staatskapitalismus. Wir sollten die Grundstrukturen des ökonomischen, des staatlich-politischen, des monetären und des kulturellen Bereiches dieser Alternative beschreiben. Wir sollten dabei ausgehen von der Wahrnehmung und Diskussion bereits vorliegender Arbeitsergebnisse verschiedener Strömungen in den GRÜNEN.
2. Im Mittelpunkt unserer künftigen programmatischen Aussagen sollten - eingebettet in die Gesamtperspektive des Dritten Weges - die ökologischen Dimensionen stehen, die in den verschiedenen Politikbereichen impliziert sind. Alle Politikbereiche sollten auf ihre ökologische Relevanz hin untersucht werden und zwar in dreifacher Hinsicht: a) in der Schilderung der wesentlichsten Krisenerscheinungen b) in der Analyse der systembedingten Ursachen und c) in der Beschreibung der jeweiligen Alternative.
3. Wenn wir vom Gegebenen ausgehen und davon, daß grüne Politik auf allen Ebenen nötig ist, müssen wir die gestellten Aufgaben davon ableiten, was verfassungsrechtlich der kommunalen Ebene, der Kreis-, Landes- und Bundesebene zugewiesen ist. Dazu würde auch gehören, Alternativen zu diesem verfassungsrechtlichen Rahmen selbst überall dort zu entwickeln, wo dies die Lösung von Problemen verlangt. Ein einseitiges Engagement - z.B. auf kommunaler Ebene - erschien mir unrealistisch. Man sollte das Aktivitätsfeld wählen nach den individuellen Möglichkeiten des Einzelnen "Aktivisten".
4. Die ideologischen Richtungskämpfe, die sich in den zermürbenden Programmdebatten und -abstimmungen während des ersten Jahres der GRÜNEN ausdrückten, haben sicher weder innerparteilich noch gegenüber der Öffentlichkeit etwas Positives gebracht. Sie waren ganz überflüssig. Hatten wir doch nach unseren Statuten das Mittel zur Hand, mit Richtungs-differenzen konstruktiv umzugehen. Wir sollten in Zukunft das wirklich anwenden, was wir über die Programmstruktur in den Statuten beschlossen haben, d.h. jene Inhalte, in denen keine Übereinstimmung zu erzielen ist, in den B-Teil unserer Programme aufnehmen. Dieser Pluralismus muß sich natürlich im Rahmen der Grundrichtung unserer politischen Arbeit bewegen. Im Streitfall sollte eine Schiedskommission urteilen.
5. Wir sollten künftig darauf achten, daß in den Vertretungsorganen der Partei nach innen und außen (Sprecherkollegium, Vorstand, usw.) die Strömungen mit einer gewissen Ausgewogenheit vertreten sind. Wir sollten bei der Berufung in Aufgaben die Kandidaten der Strömungen immer auf möglichst breiter Front unterstützen, um Fraktionsbildungen und Konkurrenzverhalten entgegenzuwirken: Partnerschaft statt Rivalität.
6. Ein großes Ärgernis war in der Vergangenheit die Informationspolitik sowohl der an die Vorstandsweisungen gebundenen Geschäftsstellen, als auch der Publikationsorgane. Was wir brauchen, ist ein freies Kommunikationssystem, das den Mitgliedern die Möglichkeit gibt, Informationen, die man zur Urteilsbildung allen zugänglich machen möchte, auch an alle heranzubringen.
7. Die hiermit angeregten Punkte könnten meines Erachtens am besten weiter bedacht und konkretisiert werden durch die Einrichtung von Beratungskonferenzen regional und über-regional.

Reaktionen auf obige Vorschläge bitte an:
Wilfried Heidt (Achberger Kreis in den GRÜNEN)
8991 Achberg, Humboldt-Haus, Tel. 08380-335

Achberg, 21. Dez. 1980